
Erklärung der Berliner AG Betrieb & Gewerkschaft zum Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst in Berlin

Die Berliner AG Betrieb & Gewerkschaft (AG B&G) unterstützt die Forderungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nach einer Einmalzahlung von 3 x 300 €, nach Einkommenserhöhungen von bis zu 2,9 Prozent ab 2008 gemäß den Tarifabschlüssen im Öffentlichen Dienst sowie die Übernahme des neuen Tarifwerks (TVÖD / TV-L) für Berlin. Die Einkommensentwicklung muss ebenso auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Zudem sollten die Ausbildungs- und Übernahmemöglichkeiten für junge Menschen deutlich verbessert werden. Wir unterstützen die Beschäftigten in ihrer Forderung, möglichst rasch die Verhandlungen über die Rückkehr Berlins in die Tarifstruktur der Länder zum Abschluss zu bringen. Wir weisen den Angriff auf das Streikrecht des öffentlichen Dienstes durch die Berliner SPD zurück.

Als Partei, die in besonderem Maße die Anliegen abhängig Beschäftigter und Erwerbsloser vertritt, steht DIE LINKE in der Verantwortung, die materiellen Interessen der Beschäftigten in Berlin zu verteidigen. Die Lohn- und Gehaltseinbußen sind für die Beschäftigten unverantwortlich hoch, denn durch den Anwendungstarifvertrag vom 31. Juli 2003, den so genannten „Solidarpakt“, und die Inflationsentwicklung der letzten drei Jahre sind die Einkommen im öffentlichen Dienst zwischen 14 und 18 Prozent gesunken.

Die heute günstigeren finanziellen Spielräume Berlins haben zudem die Situation, angesichts der die Entscheidung 2003 für den „Solidarpakt“ getroffen wurde, deutlich verändert. Die Steuerschätzung Mai 2007 weist für Berlin erhebliche Mehreinnahmen in diesem und in den kommenden Jahren aus. Im Vergleich zu den bisherigen Erwartungen, die den vom Senat im März beschlossenen Eckwerten für den Doppelhaushalt 2008/2009 und die Finanzplanung 2007-2011 zugrunde lagen, bedeutet dies Mehreinnahmen zwischen 252 Mio. € (2007) und 474 Mio. € (2011). Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von diesen Mehreinnahmen profitieren.

Seit 2003 haben die Beschäftigten schon mehr gegeben, als ursprünglich vom Senat gefordert. Der Landesvorstand und die Abgeordnetenhausfraktion der LINKEN werden daher aufgefordert, sich für eine entsprechende Prioritätensetzung beim Nachtragshaushalt 2007 und bei den Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaushalt 2008/2009 stark zu machen.

Die Debatte über die Forderungen der Beschäftigten sollte auch der Basis der Partei geführt werden.

Die AG B&G steht für entsprechende Diskussionsveranstaltungen bereit. Wenn es in Berlin zu weiteren Warnstreiks und darauf folgend zu einem Arbeitskampf kommt, steht die Linke in der Pflicht, Solidarität zu organisieren. Die AG B&G wird deshalb eine Arbeitsgruppe bilden, die entsprechende Solidaritätsaktionen mit den Beschäftigten unterstützt.

Die AG B&G sucht den Meinungs austausch mit dem Landesvorstand der LINKEN über den Tarifkonflikt und die Haltung der Partei dazu. Die AG erwartet von den Senatorinnen und Senatoren der Partei DIE LINKE, sich in ihrem Abstimmungsverhalten für Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften einzusetzen und die Forderungen der Gewerkschaften zu unterstützen.

Gemeinsam mit den Mitgliedern Landesvorstandes wollen wir den Senatorinnen und Senatoren der LINKEN in dieser politischen Auseinandersetzung den Rücken stärken. Die Abgeordnetenhausfraktion sollte einen eigenen Antrag für das Abgeordnetenhaus vorbereiten, der die Aufnahme von Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften beinhaltet.

Berlin, 13.09.2007

SprecherInnenrat der Berliner AG Betrieb & Gewerkschaft

Weitere Infos unter:

<http://bb.verdi.de>

<http://www.gew-berlin.de/>

<http://www.gdp.de/Berlin>

<http://www.die-linke-berlin.de/partei/lag/betrieb&gewerkschaft>